



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 214 -

Kiel, 18. Dezember 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*47. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 17. Dezember 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Wirtschaftsausschuss auf Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer, [Umdruck 18/3783](#), einen **Bericht der Landesregierung zum geplanten Leitfaden über die Erlaubnispflicht von Radtouren und den dazu eingegangenen Stellungnahmen** sowie auf Antrag des Abg. Vogt, [Umdruck 18/3724](#), einen **Bericht der Landesregierung über das Bieterverfahren zum Sylt-Shuttle** entgegen. Es schloss sich jeweils eine Diskussion an.

Er beschloss darüber hinaus, die bereits beschlossene schriftliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Zukunftsgerichtete Energieversorgung von Schiffen im Kieler und Lübecker Hafen sicherstellen**, [Drucksache 18/2338](#), durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis spätestens Freitag, 19. Dezember 2014, zu benennen.

Nachdem der Ausschuss mehrheitlich beschloss, keine mündliche Anhörung dazu durchzuführen, nahm er den Bericht der Landesregierung betreffend **Realisierung der westlichen Elbquerung der A 20 durch eine staatliche Infrastrukturprojektgesellschaft**, [Drucksache 18/1809](#), abschließend zur Kenntnis.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag - im Ergebnis in Übereinstimmung mit dem Europaausschuss - die unveränderte Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen**, [Drucksache 18/1872](#).

Nachdem die antragstellende Fraktion der FDP den Änderungsantrag [Drucksache 18/2034](#) zurückgezogen hatte, empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der

Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Tourismusstrategie für Schleswig-Holstein: In zehn Jahren unter die Top 3 in Deutschland**, [Drucksache 18/1868](#), in der durch [Umdruck 18/3783](#) geänderten Fassung zur Annahme.

Nach einer Diskussion nahm der Ausschuss den Bericht der Landesregierung zum **Zustand der Landesstraßen**, [Drucksache 18/2066](#), abschließend zur Kenntnis.

Nach einer kurzen Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **AKN-Takt verdichten - Weiterverkauf alter Triebwagen stoppen**, [Drucksache 18/2378](#), kam der Ausschuss überein, eine Abstimmung zu dem Antrag zunächst zurückzustellen.

Den mündlich geänderten Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Ausbau der AKN zur S 21 aus Regionalisierungsmitteln finanzieren**, [Drucksache 18/734](#), empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP zur Ablehnung. Er empfahl dem Landtag sodann, den zum selbstständig erklärten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen betreffend **S-4- und S-21-Ausbau gehört zur Verkehrsplanung Schleswig-Holstein/Hamburg**, [Umdruck 18/2379](#), mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der Fraktion der CDU zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Sodann nahm der Ausschuss die **Vorstellung des Gutachtens zur „Ermittlung marktfähiger Transporttarife für eine Fährverbindung zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven“ der Firma BMC** zur Kenntnis. Es schloss sich eine Diskussion an.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU betreffend **Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2160](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis. Er empfahl sodann dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Landesregierung betreffend **Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2190](#), dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss, zu einer Beratung der **Beschlüsse der 28. Veranstaltung „Jugend im Landtag“** das Präsidium von Jugend im Landtag in seine nächste Sitzung im Februar 2015 einzuladen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2234](#), beschloss der Wirtschaftsausschuss, gegenüber dem Finanzausschuss kein eigenes Votum abzugeben und schloss damit seine Beratungen ab.

Der Ausschuss beschloss, vom 20. bis zum 23. April 2015 eine Informationsreise nach Kopenhagen zu unternehmen.

Die für den 1. Juli 2015 geplante Sitzung des Wirtschaftsausschusses verschob der Ausschuss auf den 8. Juli 2015.

Schluss: 13:50 Uhr

gez. Thomas Wagner